

Ein Weckruf für den Klimaschutz

Nur gemeinsam können die Länder der Erde den Klimawandel aufhalten.

Patrick Cramer

Im Mai 2024 hat der Internationale Seegerichtshof ein wegweisendes Gutachten veröffentlicht, das die Staatengemeinschaft verpflichtet, den Klimawandel zu bekämpfen. Diese Entscheidung wurde auf Drängen von neun Inselstaaten getroffen, darunter die Bahamas und Palau, die durch den steigenden Meeresspiegel ihre Existenz bedroht sehen. Der Klimawandel lässt die großen Eisschilde der Erde schmelzen, sodass der Meeresspiegel bis Ende des Jahrhunderts um einen Meter ansteigen könnte. Diese Entwicklung stellt eine globale Herausforderung dar.

Dass der Klimawandel menschengemacht ist, wissen wir seit Jahrzehnten. Klaus Hasselmann, Gründungsdirektor des Hamburger Max-Planck-Instituts für Meteorologie, wies den Zusammenhang zwischen dem Anstieg der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre und der Erderwärmung nach und erhielt dafür den Physik-Nobelpreis. Um die Erderwärmung zu verlangsamen, müssen also die Treibhausgas-Emissionen sinken. Trotz Warnungen und wissenschaftlicher Belege stieg die globale Durchschnittstemperatur stetig an und lag im vergangenen Jahr 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau. Der letzte Sommer war der wärmste in der Messgeschichte, begleitet von extremen Wetterereignissen weltweit.

Die Zunahme von Extremwetterereignissen verdeutlicht die Dringlichkeit des Handelns. Von der Hochwasserkatastrophe in Brasilien waren im Mai 1,4 Millionen Menschen betroffen. Bei Temperaturen über 50 °C kamen in Saudi-Arabien im Juni über 1300 Pilger ums Leben, und in Griechenland wüteten verheerende Waldbrände. Diese Liste wird sich weiter fortsetzen. Laut Studien des Konsortiums Xaida werden extreme Wetterereignisse häufiger und intensiver. Die Wissenschaft bemüht sich, diese besser vorherzusagen und einzudämmen. Ein Beispiel hierfür ist das Global Fire Monitoring Center des Max-Planck-Instituts für Chemie, das schon seit Jahrzehnten die Bekämpfung von Großbränden unterstützt und jetzt als Einrichtung von den Vereinten Nationen übernommen wurde.

Um dem Klimawandel wirksam entgegenzuwirken, müssen die Emissionen weltweit auf Netto-Null sinken. Als Beitrag dazu hat die Max-Planck-Gesellschaft einen Climate Action Plan erstellt, der unter anderem auf grünen Strom und verbessertes Energie-Monitoring setzt. Besonders der Bausektor bietet großes Potenzial, Emissionen einzusparen – bei energieeffizienten Neubauten und beim Erhalt bestehender Bausubstanz. So sollte es etwa auch für Sanierungen Sonderfinanzierungen geben.

Genauso wichtig ist es, weiter in Forschung zu investieren, um innovative Lösungen zu entwickeln und die

Ch. Mukherjee / Max-Planck-Gesellschaft



Prof. Dr. Patrick Cramer
ist Präsident der Max-Planck-Gesellschaft.

Kosten für den Klimaschutz zu senken. Neue Technologien und Materialien – etwa leistungsfähigere Batterien, die Nutzung von CO₂ in der chemischen Industrie oder neue Verfahren zur Produktion von grünem Stahl – zeigen, wie Forschung an vielen Stellen zum Klimaschutz beitragen kann. Auch Technologien zum Speichern von CO₂ werden in der Max-Planck-Gesellschaft und von vielen anderen Institutionen intensiv erforscht.

Nichtsdestotrotz klafft zwischen den auf den internationalen Klimakonferenzen gesetzten Zielen und ihrer Umsetzung eine gewaltige Lücke. Die große Herausforderung besteht darin, ein international abgestimmtes Vor-

gehen zu erreichen. Dafür gilt es, internationale Kooperation beim Klimaschutz anzuregen. Der G7-Klimaclub ist in dieser Hinsicht ein wichtiger Schritt.

Klimaschutz kann dazu beitragen, dass sich Europa im globalen Wettbewerb behauptet. Die Umstellung auf klimafreundliches Wirtschaften eröffnet nämlich innovative Wachstumschancen. Dafür sind neben Natur- und Technikwissenschaften auch die Wirtschafts-, Sozial- und Rechtswissenschaften essenziell – etwa um günstige rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Zudem hat der Klimawandel eine menschenrechtliche Dimension: Er zwingt Menschen zur Flucht. Der internationale Seegerichtshof hat hier einen völkerrechtlichen Standard gesetzt, der für die internationale Gemeinschaft ein Weckruf sein muss.

Die Verpflichtung zum Klimaschutz ist keine abstrakte Forderung, sondern dringende Notwendigkeit, um die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen zu sichern. Der Beschluss des Internationalen Seegerichtshofs ist ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung. Nun liegt es an den Staaten der Welt, diese Verpflichtung ernst zu nehmen und in konkretes Handeln umzusetzen.

Die unter der Rubrik „Meinung“ veröffentlichten Texte geben nicht in jedem Fall die Meinung der DPG wieder.

„ Die Verpflichtung zum Klimaschutz ist dringend notwendig.“